

GREENPEACE

Forderungen
zu den Koalitionsverhandlungen
von CDU/CSU und FDP für die
17. Legislaturperiode
des Deutschen Bundestages

Oktober 2009

1. Umwelt- und Klimaschutz als Querschnittsaufgabe

"Umweltpolitik" im traditionellen Sinne ist ein überholter Begriff. Der Klimawandel und die ungebremste Übernutzung und Zerstörung der Ökosysteme und der natürlichen Ressourcen haben massive wirtschaftliche und soziale Konsequenzen. Gesellschaft und Wirtschaft sind ohne die Sicherung der natürlichen Lebensgrundlagen und Ressourcen nicht möglich. Insbesondere der Klimawandel ist nicht mehr nur ein "Umweltproblem", sondern die wohl größte soziale, wirtschaftliche und sicherheitspolitische Herausforderung der menschlichen Zivilisation in diesem Jahrhundert. Die neue Bundesregierung muss daher Umwelt-, Klima- und Ressourcenschutz endlich als **Querschnittsaufgabe** in allen Politikressorts verankern und als Priorität setzen. Nachhaltigkeit muss mehr sein als eine wohlfeile Floskel ohne praktische Konsequenzen.

Klimakrise, Wirtschaftskrise und globale Ressourcenzerstörung bieten zugleich Chancen für den Aufbau einer neuen, kohlenstoffarmen Wirtschaft und für eine Technologieführerschaft Deutschlands. Die neue Bundesregierung muss die Chancen für eine **"grüne Revolution"** in der Wirtschafts- und Klimakrise entschiedener und mutiger nutzen als bisher.

Greenpeace fordert von CDU/CSU und FDP:

- Die Verankerung des **Klimaschutzes als Staatsziel** im Grundgesetz
- Die Umsetzung der vom Bundestag beschlossenen **"Nachhaltigkeitsprüfung"** für **jedes Gesetz** auf seine ökologischen, ökonomischen und sozialen Folgen nach anspruchsvollen Kriterien, sowie die **Verankerung der Rechte kommender Generationen im Grundgesetz**
- Den **massiven Abbau von umweltschädlichen Subventionen**, die sich in Deutschland auf rund 42 Milliarden Euro pro Jahr belaufen¹, vorrangig im Bereich Energieerzeugung und Verkehr (s. unten)
- Die **Verabschiedung eines Ökologischen Konjunkturprogrammes**, das durch konsequente Maßnahmen des Klima- und Umweltschutzes wirtschaftliche Folgeschäden vermeidet, Anreize für ökologisches Wirtschaften setzt und zukunftsfähige Arbeitsplätze schafft
- Die **Fortführung und Weiterentwicklung der Ökologischen Steuerreform**
- Strenge ökologische und soziale Standards für die **öffentliche Beschaffung**

¹ Umweltbundesamt (2008): "Umweltschädliche Subventionen in Deutschland" (www.uba.de) sowie Greenpeace (2008): "Umweltschädliche Subventionen und Steuervergünstigungen des Bundes" (www.greenpeace.de)

2. Energie- und Klimapolitik

Die neue Bundesregierung muss die massiven **Belastungen der Umwelt und des Klimas durch die Energieerzeugung** drastisch reduzieren. Die Energieerzeugung mit Energieträgern, deren Vorkommen endlich ist und deren Nutzung Umwelt und Atmosphäre mit schädlichem Müll - z. B. mit klimaschädlichen Gasen oder hochradioaktiven Abfällen - belasten, ist nicht nachhaltig, birgt extreme Risiken für Mensch und Natur, verursacht hohe Kosten und mißachtet die Rechte nachfolgender Generationen.

Das "Integrierte Klimaschutz- und Energieprogramm" der Bundesregierung strebt an, den **Ausstoß von Treibhausgasen** in Deutschland bis 2020 um 40 Prozent gegenüber 1990 zu reduzieren. Es erreicht nach Greenpeace-Berechnungen aber maximal eine Senkung von etwa 30 Prozent. Die **CCS-Technologie** zur CO₂-Abscheidung für fossil betriebene Kraftwerke wird nicht vor 2020 in großem Maße einsetzbar sein und ist daher kein Instrument für die Erreichung des 40-Prozent-Zieles, abgesehen von zahlreichen ungelösten Problemen dieser Technologie. Mit CCS kann deshalb auch der **Neubau von Kohlekraftwerken** nicht gerechtfertigt werden.

Vor dem wegweisenden UN-Klimagipfel in Kopenhagen im Dezember 2009 muss die neue Bundesregierung eine Führungsrolle beim **internationalen Klimaschutz** einnehmen, die Deutschland in den letzten anderthalb Jahren weitestgehend aufgegeben hat. Neben dem Einsatz für ehrgeizige CO₂-Reduktionsziele in der EU muss Deutschland als größte europäische Industrienation auch ihre Bereitschaft für eine **massive finanzielle Unterstützung von Entwicklungsländern** beim Klimaschutz signalisieren.

Die von CDU/CSU und FDP in ihren Wahlprogrammen angekündigte **Verlängerung der Laufzeiten für Atomkraftwerke** bricht die Zusage der Bundesregierung, aus der Atomkraft auszusteigen. Eine Laufzeitverlängerung verlängert das inakzeptable Risiko von Reaktorunfällen und Terroranschlägen auf Atomkraftwerke, verschärft das Atommüll-Problem und behindert den dringend notwendigen Ausbau der Erneuerbaren Energien. Zudem lehnt die Mehrheit der Deutschen eine solche Laufzeitverlängerung ab.

Greenpeace fordert von CDU/CSU und FDP:

- Rückkehr der Bundesregierung zu einer **Führungsrolle beim Klimaschutz** durch

- ◆ Verschärfung der nationalen Klimaziele mit einem **"Notpaket Klimaschutz"**: Reduktion der Treibhausgase um **minus 45 Prozent bis 2020** und Verpflichtung auf ein Reduktionsziel von **minus 95 Prozent bis 2050** (Basisjahr 1990)²
- ◆ Anstrengungen auf EU-Ebene für ein **EU-Reduktionsziel von 40 Prozent** bis 2020, unabhängig von den Reduktionszusagen anderer Länder
- ◆ Verpflichtung zur Bereitstellung von **zusätzlichen öffentlichen Mitteln für Entwicklungsländer** für Klimaschutz und Anpassung an den Klimawandel in der Größenordnung von **sieben Milliarden Euro stufenweise bis zum Jahr 2020**. Die Gelder sollen zusätzlich zu den bereits zugesagten Mitteln der Entwicklungshilfe (0,7%-Ziel) erbracht werden. Finanzierungsquellen sind u.a. Versteigerungserlöse aus dem Emissionshandel und der Abbau umweltschädlicher Subventionen. Die Bundesregierung sollte sich im Rahmen der G20 und in den Klimaverhandlungen zudem für eine Abgabe auf Devisentransfers (**Tobin-Steuer**), die **internationale Versteigerung von Emissionsrechten** und **Abgaben auf Emissionen des Schiffs- und Flugverkehrs** als Quellen der internationale Klimafinanzierung einsetzen
- die Verabschiedung eines **Kohleausstiegsgesetzes** (Abschluss des Ausstiegs: 2040), verbunden mit dem Verbot für den Neubau von Kohlekraftwerken
- den massiven **Ausbau der Kraft-Wärme-Kopplung (KWK)** in der Stromerzeugung von heute 13 auf 35 Prozent in 2020
- ein **CCS-Forschungsgesetz**, das die Verantwortung und Finanzierung von CCS auf die davon profitierende Industrie und nicht auf die Steuerzahler überträgt
- eine Beschleunigung des **Atomausstieges** bis 2015 und **sofortige Abschaltung der sieben ältesten und unsichersten Atommeiler** sowie des **AKW Krümmel**
- Einrichtung eines **Gorleben-Untersuchungsausschusses** im Deutschen Bundestag zur Aufklärung der Vorgänge, die zur Vorfestlegung auf den Standort Gorleben geführt haben
- eine **ergebnisoffene Standortsuche** für ein Endlager für hochradioaktive Abfälle, unter **Ausschluss des Standortes Gorleben**, der nicht die notwendigen Sicherheitsanforderungen erfüllt
- Gesetzliche **Verpflichtung der Energiekonzerne** gemäß Verursacherprinzip zur Übernahme bekannter und zukünftiger Kosten, die durch ihre Atomstromproduktion entstehen (z.B. Sanierung der Endlager in Asse und Morsleben)

² Siehe dazu Greenpeace-Energiekonzept "Plan B" (www.greenpeace.de)

- Einführung einer **Atombrennstoff-Steuer** zur Internalisierung externer Kosten der Atomkraft (z. B. unzureichende Haftpflicht) und zur Abschöpfung von unzulässigen Mitnahmegewinnen (z. B. bei der Einführung des Emissionshandels)
- Forcierter **Ausbau der Erneuerbaren Energien** im Stromsektor über das Erneuerbare-Energien-Gesetz; Beseitigung von Hemmnissen z. B. bei Windkraft und Erdwärme sowie durch den schleppenden Netzausbau
- Einführung eines wirksamen **regenerativen Wärmegesetzes** für die Ausweitung von Erneuerbaren Energien im Wärmesektor
- **Vorrangregelung** für Strom und Wärme aus Erneuerbaren Energien
- **Aus- und Umbau der Stromnetze**, um den Vorrang der Erneuerbaren Energien (EE) zu gewährleisten. Netze und intelligente Netzleittechnik müssen so ausgestaltet werden, dass große Strommengen aus Solaranlagen in Wüsten und Windanlagen auf See in die stromintensiven Ballungszentren transportiert und EE in virtuellen Kraftwerken gebündelt werden können
- Forcierte Ausschöpfung der **Effizienzpotenziale** in allen Sektoren; ehrgeiziges **Nationales Energieeffizienzgesetz**, Verbesserung der Anreize und Verschärfung der Vorgaben für die energetische Gebäudesanierung sowie Ausweitung und Verschärfung der Vorgaben für den Verbrauch von Elektrogeräten
- Förderung von Projekten zur zentralisierten **solaren Stromerzeugung in Wüstenregionen**
- Massiver **Abbau umweltschädlicher Subventionen** im Energiesektor, z. B. im Kohlebereich (Steuerbefreiung von Kohle, Steinkohlebergbau, Braunkohletagebau).

3. Nationaler und internationaler Natur- und Artenschutz

Die EU wird ihr auch von Deutschland mitgetragenes **Biodiversitäts-Ziel**, den Verlust der Artenvielfalt bis 2010 zu stoppen, deutlich **verfehlen**. Auch die Einrichtung eines weltweiten Netzes von **Schutzgebieten** an Land (bis 2010) und auf See (bis 2012), wie es die Unterzeichnerstaaten der UN-Konvention zur Biologischen Vielfalt (CBD) beschlossen hatten, steht vor dem Scheitern. Die **Nationale Naturschutzstrategie** der Bundesregierung hat ebenso gute Ziele, auch sie wird aber nur unzureichend umgesetzt.

Die ungebremste **Zerstörung der Urwälder** verursacht rund 20 Prozent der CO₂-Emissionen, mehr als der weltweite Verkehr. Illegaler Holzeinschlag, Rinderzucht, Plantagen z. B. für Palmöl und Futtermittel sowie Rohstoffabbau sind die Ursachen. CDU/CSU und FDP betonen gleichermaßen die Dringlichkeit, die letzten Urwälder der Erde zu schützen. Die neue Bundesregierung muss diesen Worten jetzt auch Taten folgen lassen.

Das gilt nicht weniger für den **Meeresschutz**. Die Überfischung der Meere und die Belastung durch Rohstoffindustrie, Schifffahrt und landwirtschaftliche Einleitungen hält unvermindert an und wird ohne massive Gegenmaßnahmen zu einem **Kollaps der Meeresökosysteme** führen. Selbst für die in Nord- und Ostsee ausgewiesenen Meeresschutzgebiete besteht kein wirksamer Schutz vor **zerstörerischen Fischereimethoden** wie Grundschieppnetz-Fischerei oder vor Rohstoffabbau.

Greenpeace fordert von CDU/CSU und FDP:

- Verankerung des **Natur- und Biodiversitätsschutzes in der Wirtschafts-, Agrar-, Verkehrs- und Siedlungspolitik** u. a. durch konsequente Umsetzung der nationalen Biodiversitätsstrategie
- **Abschaffung der Beimischungsquote** für Agrarkraftstoffe und Anwendung von Nachhaltigkeitskriterien auf alle land- und forstwirtschaftlichen Produkte
- Bereitstellung von **öffentlichen Finanzmitteln für den Urwaldschutz** in Entwicklungsländern von **zwei Milliarden Euro pro Jahr stufenweise bis 2020** als Teil des deutschen Beitrags (7 Mrd. €) zur Klimaschutzfinanzierung (s.o.)
- Einsatz für ein neues Instrument zur Vermeidung von Entwaldung in Entwicklungs- und Schwellenländern (**REDD**) im Klimaabkommen von Kopenhagen auf Basis eines Fonds statt einer Einbeziehung der Wälder in den Kohlenstoffmarkt
- **Unterstrafe-Stellung** des Besitzes und Handels mit **illegal erwirtschaftetem Holz**
- **FSC-Zertifizierung** der Staatswälder sowie der öffentlichen Papier- und Holzbeschaffung des Bundes
- **10 Prozent** der deutschen Waldfläche **aus der Nutzung nehmen**

Im Rahmen der Reform der **Gemeinsamen Europäischen Fischereipolitik (GEF)** müssen sich CDU/CSU und FDP einsetzen für

- **Entscheidungskompetenz für Mitgliedsstaaten**, umweltzerstörende Fischerei und

andere schädliche Praktiken in nationalen Schutzgebieten zu verbieten

- Anerkennung von **Meeresschutzgebieten als Maßnahme des Fischereimanagements** zur Erholung der Fischbestände
- **Reduktion der Fangkapazitäten, Stopp der Subventionierung** von EU-Fangflotten und Einsatz für die Ausrichtung der **Fangquoten** an den wissenschaftlichen ICES-Kriterien
- **Verbot von Rückwürfen** sowie drastische **Maßnahmen gegen Beifang**
- Übertragung der Zuständigkeit für den **Walschutz an das BMU**

4. Verkehrspolitik

In keinem anderen Sektor wachsen die Treibhausgas-Emissionen so stark wie im Verkehrssektor, vor allem durch den **rasant wachsenden Flug- und LKW-Verkehr**. Hinzu kommen **Lärm- und Schadstoff-Emissionen, Flächenversiegelung** durch immer neue Straßen und Autobahnen und immer größere **Staulawinen** in den Städten und auf den Autobahnen. Gefördert wird diese Fehlentwicklung durch eine Reihe **umweltschädlicher Subventionen**, die z. B. Dienstwagen mit hohem Verbrauch und das Flugzeug als klimaschädlichstes Verkehrsmittel gegenüber der Bahn bevorteilen.

Die Klimapolitik der letzten Bundesregierungen hat beim Thema Klimaschutz im Verkehr auf ganzer Linie versagt. Das zeigte vor allem die unverhüllte **Lobbyarbeit der Bundesregierung für die deutsche Automobilindustrie**, die sich in der massiven Abschwächung der europäischen CO₂-Grenzwerte für PKW, in einer halbherzigen Kfz-Steuer-Reform und der Einführung einer Abwrackprämie ohne ökologische Kriterien manifestierte. Im PKW-Bereich, aber auch beim Flug- und Güterverkehr und bei der Förderung des Bahnverkehrs, des Öffentlichen Nahverkehrs und des Radverkehrs muss die Bundesregierung die Weichen für mehr Klima-, Umwelt- und Gesundheitsschutz neu stellen.

Greenpeace fordert von CDU/CSU und FDP:

- Durchsetzung der klimapolitisch notwendigen **Verbrauchsvorgaben für PKW** (3 Liter/100 km bis 2020 und 1,5 Liter/100 km bis 2050). Die Reduktion des Kraftstoffver-

brauchs von Benzin- und Dieselmotoren muss angesichts ihrer auf Jahrzehnte fest stehenden Dominanz mit **höchster Priorität** behandelt werden.

- **Absenkung der durchschnittlichen Fahrzeug-Gewichte um 50 Prozent** bis 2020, gegenüber dem Durchschnittsgewicht 2008 durch verbindliche Vorgaben an die Hersteller zur schrittweisen Absenkung des Gewichts aller Modelle bei jedem Modellwechsel
- **Reform der Besteuerung von Firmen- und Dienstwagen** nach CO₂-Ausstoß
- Ausrichtung der **Kfz-Steuer** auf CO₂-Ausstoß und Gewicht
- **Tempolimit** von 120 km/h auf Autobahnen, 80 km/h auf Landstraßen und 30 km/h in Ortschaften
- Zulassung von **Geländewagen** nur noch als landwirtschaftliche Nutzfahrzeuge
- Klare und vergleichende **Kennzeichnung von Pkw** nach Fahrzeugklassen und CO₂-Emissionen
- Forschung im Bereich **Elektromobilität** mit der Maßgabe, dass E-Autos nur mit zusätzlich erzeugtem Strom aus Erneuerbaren Energien betrieben werden sollen
- **Abschaffung der Beimischungsquote** von Agrosprit in Deutschland und der EU
- Einführung der **Mehrwertsteuer auf Auslandsflüge** sowie Einsatz für die Einführung einer **Kerosinsteuer auf EU-Ebene**
- Besteuerung aller Verkehrsträger gemäß der externen Kosten, die sie verursachen³, z. B. durch Ausdehnung der **LKW-Maut** auf alle Nutzfahrzeuge ab 3,5 Tonnen, eine kontinuierliche Anhebung der Mautsätze sowie eine **Pkw-Maut**
- Senkung des Mehrwertsteuersatzes für **Bahnreisen** und Abbau der Steuervergünstigung für **Diesel-Kraftstoff**

5. Landwirtschaft und Verbraucherschutz

Die Intensiv-Landwirtschaft ist auch in Deutschland einer der größten Umweltzerstörer. Sie ist die wichtigste Ursache für den **Verlust der Artenvielfalt**, Hauptquelle für die **Überdüngung der Flüsse und Meere**, belastet Böden und Gewässer durch **Pestizide** und emittiert rund 13 Prozent der **Klimagase**. Vermeintliche Klimaschutzmaßnahmen wie der

³ "Jeder soll die von ihm verursachten Kosten für Infrastruktur und Umwelt selbst tragen." FDP-Bundestags-Wahlprogramm (2009), S. 62

intensivierte Anbau von Mais zur Biogasherstellung oder der Anbau von Raps zur Herstellung von **Agrosprit** verschärfen unter dem Strich die Umweltbelastung.

Die **Freisetzung von gentechnisch veränderten Pflanzen** ist ein weiterer Baustein der umweltschädlichen Intensivierung der Landwirtschaft. Erkennbaren Nutzen bringt sie nur wenigen Agrokonzernen, während die Risiken für Natur und Mensch unkalkulierbar sind. Die Mehrheit der Bundesbürger lehnt die Agrogentechnik ab, und die neue Bundesregierung sollte dies respektieren.

Der **ökologische Landbau** fristet mit 5,4 Prozent Flächenanteil (2008) weiterhin ein Schattendasein in Deutschland - obwohl die Nachhaltigkeitsstrategie der Bundesregierung das Ziel gesetzt hat, seinen Anteil auf 20 Prozent zu erhöhen - bis 2010 (so die Strategie von 2002) bzw. "in den nächsten Jahren" (so der Fortschrittsbericht zur Strategie von 2008).

Greenpeace fordert von CDU/CSU und FDP:

- Bereitstellung umfangreicher zusätzlicher Mittel für **innovative Züchtungsmethoden** ohne gentechnische Veränderungen und für die Förderung des **ökologischen Landbaus**
- Ein **Anbauverbot** für gentechnisch veränderte Pflanzen in Deutschland sowie auf europäischer Ebene die Ablehnung einer Wiedezulassung von Genmais (MON810) und weiterer gentechnisch veränderter Organismen
- **Nulltoleranz** bei Gentechnik-Produkten, die in der EU nicht zugelassen sind, und bei der Verunreinigung von Saatgut mit gentechnisch veränderten Organismen
- **Forschungsaufträge** an unabhängige Institute zu den Risiken des Anbaus von Gentechnik-Pflanzen (z. B. Wirkungen von Bt-Mais auf Nicht-Zielorganismen; Wirkungsweise des Bt-Gifts, Standardisierung der Toxingehalte bei Bt-Pflanzen)
- Verschärfung der EU-Biopatentrichtlinie mit dem Ziel eines **Verbotes der Patentierung von Tieren und Pflanzen**
- **Reduzierung des Einsatzes von Pestiziden**, bemessen am Behandlungsindex, innerhalb von 5 Jahren um 30 Prozent; die Substitution aller in Deutschland zugelassenen Pestizide mit besonders bedenklichen Wirkstoffen, eine Senkung der Überschreitungquote von Rückstandshöchstmengen bei allen Lebensmittelarten innerhalb von fünf Jahren auf unter 1 Prozent sowie die Konkretisierung des

„notwendigen Maßes“ beim chemischen Pflanzenschutz

- Änderung der **Düngeverordnung**, so dass Klimagase aus der Stickstoffdüngung reduziert und Verstöße konsequent geahndet werden
- Verbot des **Grünlandumbruchs** auf Moorstandorten und Einschränkung des Grünlandumbruchs auf allen anderen Flächen durch Verschärfung der Cross-Compliance-Anforderungen, um den Kohlenstoffhaushalt der Böden und die Artenvielfalt dieser Standorte zu verbessern
- Hohe und gezielte **Förderung von Klimaschutzmaßnahmen** in der Landwirtschaft (wie z.B. Ökolandbau, bodennahe Gülleausbringung) durch Änderung des nationalen Gesetzes über die Gemeinschaftsaufgabe (GAK-Gesetz) sowie Änderungen in der EU-Agrarpolitik
- Einsatz im Rahmen der anstehenden EU-Agrarreform für eine **Umschichtung der Agrarsubventionen**. Diese sollen statt pauschaler Transferzahlungen künftig konkrete Leistungen honorieren, die insbesondere folgenden **Umwelt- und Klimazielen** dienen: Erhalt der Artenvielfalt, Halbierung des Ausstoßes von Treibhausgasen aus der Landwirtschaft bis 2020, Reduzierung von Stickstoff-, Phosphat- und Pestizideinträgen in die Umwelt (Grund- und Oberflächengewässer)
- Änderung des Erneuerbare-Energien-Gesetzes bezüglich Biogas mit dem Ziel, **weniger Mais und andere Intensivkulturen** und stattdessen mehr tierischen Dung (Gülle) zur Biogas-Erzeugung einzusetzen
- **Verbesserung der Verbraucherinformation** durch Zusammenführung der Informationsrechte aus Einzelgesetzen zu einem einheitlichen **Informationszugangsgesetz**. Bis dahin **Reform des Verbraucherinformations-Gesetzes** (Ausweitung auf alle Produkte und Dienstleistungen u. a. m.)

Greenpeace e.V., Politische Vertretung Berlin, Marienstr. 19-20, 10117 Berlin,

Tel. 030-308899 - 0

V.i.S.d.P.: Stefan Krug

www.greenpeace.de